

## **42. Sitzung Leg.-Periode 2006/2011**

Homburg, den 3. Februar 2011

Beginn: 18:30 Uhr

### **Niederschrift** **über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung** **am 3. Februar 2011** **in der Stadthalle in der Ziegenhainer Straße**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Pfeiffer eröffnet die Sitzung, begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats mit Herrn Bürgermeister Martin Wagner an der Spitze, die Zuhörer und Frau Brandau von der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen.

Einwendungen gegen Form, Frist und Inhalt der Einladung werden nicht erhoben. Herr Pfeiffer stellt fest, dass zur Zeit 34 Stadtverordnete im Saal anwesend sind, darunter 16 Stadtverordnete von der CDU, 13 Stadtverordnete von der SPD, 3 Stadtverordnete von der FDP und 2 Stadtverordnete von der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN.

Herr Pfeiffer stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Nachträglich gratuliert der Stadtverordnetenvorsteher allen Stadtverordneten, Stadträten und weiteren Personen, die in der Zeit vom 16.12.2010 bis zum 03.02.2011 Geburtstag hatten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Herr Stadtverordnetenvorsteher Pfeiffer bekannt, dass der heutige Punkt 17 im Magistrat behandelt und er dadurch von der heutigen Tagesordnung abgesetzt wird. Weiterhin teilt er mit, dass die Tagesordnungspunkte 17 und 18 a) abgesetzt werden.

Dann gibt er eine persönliche Erklärung zum Tagesordnungspunkt 9 ab. Er habe über den SPD-Antrag zum Akteneinsichtsausschuss in der Sitzung am 7. Oktober nicht abstimmen lassen, da eine gewisse Rechtsunsicherheit bei ihm bestand.

Nach Rücksprache mit der Aufsichtsbehörde stand fest, dass doch über diesen Antrag abzustimmen sei. Der Sachverhalt wird deshalb heute erneut behandelt.

Dann erinnert er an die Einladung des Deutsch-Französischen Partnerschaftsvereins zu einer Bürgerfahrt vom 1. bis 3. Oktober 2011 nach Fresnes.

Die Einladung für die Rathuserstürmung am 5. März 2011 wurde als Tischvorlage verteilt.

Abschließend bittet er, in der heutigen Sitzung keinen Wahlkampf zu betreiben.

Herr Pfalz teilt mit, dass er davon ausgehe, dass die Anfrage der CDU auf seine Person ziele. Er möchte deshalb zum Tagesordnungspunkt eine persönliche Erklärung abgeben.

### **Anwesend von der Stadtverordnetenversammlung:**

Herr Axel Althaus	CDU	Frau Edith Köhler	SPD
Herr Axel Becker	CDU	Herr Rainer Krannich	CDU
Herr Peter Dewald	CDU	Herr Klaus-Thilo Kroeschell	CDU
Herr Dieter Fischer	SPD	Herr Dr. Dirk Kusan	CDU
Herr Reinhard Fröde	CDU	Herr Joachim Pauli	CDU
Herr Ulrich Fröhlich-Abrecht	CDU	Herr Hartmut Dirk Pfalz	SPD
Herr Stefan Gerlach	SPD	Frau Annette Pfalz	SPD
Frau Barbara von Gimborn	SPD	Herr Bernd Pfeiffer	CDU
Herr Rainer Hartmann	SPD	Frau Nadine Potstawa	CDU
Herr Jörg Hassenpflug	CDU	Herr Siegfried Richter	SPD
Herr Bernd Herbold	SPD	Herr Manfred Ripke	FDP
Herr Hilmar Höse	GRÜNE	Herr Delf Schnappauf	GRÜNE
Herr Konrad Jäger	CDU	Frau Claudia Ulrich	CDU
Herr Joachim Jerosch	SPD	Herr Wilfried Vaupel	SPD
Herr Holger Jütte	FDP	Frau Karin Wilhelm	SPD
Frau Ursula Jungermann	SPD	Herr Matthias Walther	CDU
Frau Helga Kehl	FDP		
Herr Wolfgang Knorr	CDU		

### **Anwesend vom Magistrat:**

Herr Bürgermeister Martin Wagner	Frau Stadträtin Christa Gerlach
Herr Erster Stadtrat Jürgen Monstadt	Herr Stadtrat Volker Koch
Herr Stadtrat Joachim Eisenberg	Herr Stadtrat Jürgen Kreuzberg
Herr Stadtrat Heinrich Engelhardt	Herr Stadtrat Heinz Marx
Herr Stadtrat Gerhard Fröde	

Zuhörer: 13.

## **TAGESORDNUNG**

- 1. Sportlerehrung – Verleihung der Ehrennadel der Kreisstadt Homberg (Efze) für besondere Leistungen im Sport -**
- 2. Bericht der Stadtjugendvertretung**
- 3. a) Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 2011, nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung**

- b) Vorlage und Beschlussfassung über das Haushaltssicherungskonzept
4. Vorlage, Beratung und Feststellung der geprüften Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008
  5. Einführung der gesplitteten Abwassergebühr;  
hier: Vergabe eines Auftrages für die Begleitung der Verwaltungsarbeiten durch ein entsprechendes Unternehmen
  6. Beschlussfassung über Personalangelegenheiten, gemäß Beschluss Nr. 1 a) der Stadtverordnetenversammlung vom 26. März 2010
  7. Ehemalige Alten- und Krankenpflegestation
    - a) Anforderung des von der Firma KIKRA Schwarzenborn, für die Übernahme der Softwarelizenz, zugesagten Betrages
    - b) Weiterverwendung der von der ehemaligen Station genutzten Fahrzeuge
  8. Beteiligung an dem hessischen Landesprogramm „Engagement-Lotsen 2011“
  9. Antrag der SPD-Fraktion, Versäumnisse der beauftragten Aufsichtspersonen während der Schließung der Alten- und Krankenpflegestation festzustellen, aus der Sitzung vom 7. Oktober 2010
  10. Übergabe des Archivgutes (Personenstandsregister und Sammelakten des Standesamtes) der Kreisstadt Homberg (Efze) an das Archiv der Gemeinde Knüllwald;  
hier: Abschluss einer Überlassungsvereinbarung
  11. Aufstellung einer Änderung Nr. 133 zum Flächennutzungsplan der Kreisstadt Homberg (Efze) für den Stadtteil Wernswig zur Ausweisung von Wohnbauflächen im Bereich Hauptstraße, Steinertweg und Zum Weinstock;  
hier: Aufstellungsbeschluss
  12. Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 7 für den Stadtteil Wernswig zur Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes im Bereich Hauptstraße, Steinertweg und Zum Weinstock;  
hier: Aufstellungsbeschluss
  13. Genehmigung eines Bauvertrages gem. § 77 HGO zum Bau der Brücke und den zugehörigen Erd- und Straßenbau zur Batzenmühle im Stadtteil Wernswig

#### 14. Anträge

a) der SPD-Fraktion vom 20.01.2011  
betr. Bushaltestelle im Stadtteil Berge

b) der SPD-Fraktion vom 20.01.2011  
betr. Verwendung von „fairer Milch“ von regionalen Milchbauern in  
den städtischen Kindergärten

#### 15. Sachstandsbericht über noch nicht abgearbeitete Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung

#### 16. Informationen

17. Beantwortung der Frage des Bürgermeisters an die Stadtverordneten-  
versammlung, aus der Sitzung vom 18. November 2010, zur Anfrage der  
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vom 1. November 2010, zum Thema  
Vergabe von Bauaufträgen mit einem Volumen über 10.000,00 €

#### 18. Anfragen

a) Antrag auf Herstellung der Nichtöffentlichkeit

b) der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 3. November 2010  
betr. notariell beurkundete Verträge der Kreisstadt Homberg (Efze)

c) der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 1. Dezember 2010  
betr. Vergabe von Bauaufträgen mit einem Volumen über  
10.000,00 € modifiziert seit dem 1. Januar 2010

#### 19. Anregungen

### VERLAUF UND ERGEBNIS DER BERATUNGEN

#### ZU DEN EINZELNEN TAGESORDNUNGSPUNKTEN:

##### Zu Punkt 1:

##### Gegenstand:

**Sportlerehrung – Verleihung der Ehrennadel der Kreis-  
stadt Homberg (Efze) für besondere Leistungen im Sport -**

Herr Jürgen Lippek hat sich entschuldigen lassen, da er  
krank ist.

Deshalb wird lediglich Frau Ulrike Conrad für ihre beson-  
deren Leistungen als Deutsche Meisterin im Bogensport  
geehrt.

Herr Bürgermeister Martin Wagner gratuliert ihr mit anerkennenden Worten, zusammen mit Herrn Stadtverordnetenvorsteher Bernd Pfeiffer. Es werden eine Urkunde und ein Präsent an Frau Conrad überreicht.

Frau Conrad bedankt sich für die Ehrung und erklärt die Bogensportdisziplin im Allgemeinen.

Für langjährige ehrenamtliche Tätigkeit danken Herr Bürgermeister Martin Wagner und Herr Stadtverordnetenvorsteher Bernd Pfeiffer Herrn Herbert Viehmann sowie die Herren Kai und Mike Trinkus.

Die Herren konnten während des Neujahrsempfangs nicht anwesend sein; deshalb wird die Ehrung im heutigen Rahmen nachgeholt.

Auch sie erhalten eine Urkunde und ein Präsent.

## **Zu Punkt 2:**

### **Gegenstand:**

#### **Bericht der Stadtjugendvertretung**

Die stellvertretende Sprecherin, Frau Anastasia Kreps, trägt den Jahresbericht vor.

Dieser ist dem Protokoll beigelegt.

## **Zu Punkt 3:**

### **Gegenstand:**

a) **Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 2011, nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung**

b) **Vorlage und Beschlussfassung über das Haushaltssicherungskonzept**

Die Empfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses zu a) und b) werden vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Ripke, vorgetragen.

Nach Meinung des Herrn Fraktionsvorsitzenden Dewald ist der Haushalt durch die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation gekennzeichnet, was besonders an den Einnahmen absehbar ist.

Im Ergebnishaushalt spricht er an

- Schlüsselzuweisungen und Einkommensteuer – 2,8 Mio €
- Gewerbesteuerertrag betrug 5,7 Mio € in 2010, für 2011 wurden 5 Mio € angesetzt
- Personalaufwendungen
- Konjunkturprogramm des Bundes und des Landes
- Der Fehlbetrag von 2,8 Mio € sei dramatisch, trotzdem müsse man nach vorne blicken und die Stadtentwicklung fördern. Dazu nennt er als Beispiele
  - der Stadtmarketingverein sei eine richtige Maßnahme
  - die erforderliche Haushaltskonsolidierung sei nicht ausreichend, um die Verluste aufzufangen
  - Bund und Land würden den Kommunen Aufgaben aufbürden, ohne sie entsprechend finanziell auszustatten. Dadurch werden die kommunalen Haushalte enorm belastet. Trotzdem dürfe man den Bürgerinnen und Bürgern keine weiteren Belastungen aufbürden.

Dann stellt er folgenden gemeinsamen Änderungsantrag von CDU- und FDP-Fraktion:

- ... eine Stellenbesetzungssperre mit folgenden Eckpunkten festzulegen:  
 Freiwerdende Stellen sind ohne vorherige zustimmende Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung nicht mehr neu zu besetzen. Hiervon ausgenommen soll die Einstellung von Auszubildenden und Praktikanten, Vertretungskräften mit Zeitverträgen bis max. 12 Monate befristet und HausverwalterInnen der Dorfgemeinschaftshäuser sein, die in der Zuständigkeit des Magistrats entschieden werden. Die Stadtverordnetenversammlung ist in der jeweils nächsten Sitzung darüber zu informieren.

Die Stellenbesetzungssperre gilt bis zur Beschlussfassung des Haushaltes 2012 durch die Stadtverordnetenversammlung.

- ... zur Festlegung einer 10%igen Haushaltssperre für die in den beeinflussbaren Positionen des Haushaltes enthaltenen Mittel.
- ... die Verfügungsmittel der Ortsbeiräte von

derzeit 0,51 Euro auf 1,00 Euro pro Einwohner zu erhöhen, um den Ortsbeiräten z.B. die Möglichkeit zu einer angemessenen Würdigung ehrenamtlich erbrachter Leistungen zu geben. Die daraus entstehenden Mehrkosten sind in anderen Haushaltsstellen einzusparen.

Danach dankt er allen ehrenamtlich Tätigen für ihre unentgeltlichen Arbeitsleistungen, speziell in den Stadtteilen.

Dann beantragt er für die CDU- und FDP-Fraktion,

den Feuerwehren in den Ortsteilen Sondheim und Roppershain einen Zuschuss von je 1.000,00 € zum Erwerb eines Mannschaftswagens zu gewähren. Durch die den Feuerwehren neu zugeordneten Aufgaben im Rahmen der Staubbetreuung auf den Bundesautobahnen ist der Einsatz geeigneter Mannschaftswagen erforderlich.

Im Investitionshaushalt nennt er Kreditaufnahme, Schuldenstand und Finanzierung im Abwasserbereich, Brückensanierungen, Hochwasserschutz, Erwerb der ehemaligen Straßenmeisterei als Bauhof, Bauunterhaltung, dabei teilt er mit, dass die CDU Investitionen auf das unbedingt Erforderliche begrenzen will sowie den Kassenkreditrahmen.

Er fordert die Umsetzung des Konnexitätsprinzips und eine sparsame Haushaltsführung, um eine Verbesserung der Haushaltssituation zu erreichen.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen sei eine Grundlage für die Zukunftssicherung. Abschließend dankt er den Gremien, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die Arbeit am Haushalt und am Haushaltssicherungskonzept.

CDU und FDP stellen den Antrag zur Eintragung eines Sperrvermerkes auf die Kosten zur Einrichtung/Möblierung des Hauses Wicke, sofern sie den Betrag von 15.000,00 € übersteigen.

Die Analyse des Haushaltsplanes sei seit Jahren gleich, meint Herr Höse, im einzelnen geht er ein auf

- Fehlbetrag im Ergebnishaushalt
- Verbindlichkeiten
- Fehlende Rücklagen

- fragt, wo und was gestrichen werden soll, da der Haushaltsplan 95 % Pflichtaufgaben beinhaltet.
- dass Freibäder oder ein Sportplatz zu schließen seien, sei wohl nicht möglich.
- Landes- und Bundespolitik. Die Halbierung der Mittel der Städtebauförderung bedeute eine Reduzierung z.B. bei der Straßenunterhaltung.
- 360 Mio € weniger für den Kommunalen Finanzausgleich sei zu verurteilen.
- Fehlende Fläche für Windkraftanlagen nach dem Regionalplan.

Die Grünen werden dem Haushalt nicht zustimmen.

Herr Fraktionsvorsitzender Gerlach meint, bei der Haushaltsdebatte gäbe es Gelegenheiten, Rückschau zu halten und in die Zukunft zu sehen.

Themen im letzten Jahr seien die Dienstwagenaffäre, Vorhaltungen im Parlament an die Opposition, Vertrauensverluste in die Arbeit insgesamt, Bündnis 90/ Die GRÜNEN seien weder im Magistrat noch in den Ausschüssen vertreten, der enttäuschende Auftritt des Stadtverordnetenvorstehers beim Neujahrsempfang, dabei habe er das gesamte Parlament an den Pranger gestellt.

Er mahnt das Parlament, bei der Aufklärung des Themas Fördermittelmissbrauch nicht zu schweigen.

Gleichzeitig sichert er zu, dass diese Situation seitens der SPD nicht in den Wahlkampf gebracht wird. Zum Haushalt stellt er fest, dass dieser eine kritische finanzielle Basis ausweist.

Der Schuldenstand mit ca. 53 Mio € sei eine Grenze zur Insolvenz. Er mahnt erneut die Schlussrechnung zum Hesttag an. Bedenklich seien 8 Mio € Kassenkredite, er möchte diesen Betrag um 3 Mio € senken. Den Haushalt selbst bezeichnet er als unsozial, da er starke Belastungen für unsere Kinder und Enkel bedeute.

Dann spricht er den Bevölkerungsstand an, bei der Pro-Kopf-Verschuldung habe er 3.740,00 € errechnet.

Haushalt und Haushaltssicherungskonzept zeigen Konzeptlosigkeit, die Stadt müsse attraktiver Arbeitgeber bleiben, um gutes Personal zu bekommen und zu behalten.

Der Haushalt beinhalte keinen Handlungsspielraum. Man lebe auf Pump, allerdings sei der Haushalt insge-

samt knappen Kassen geschuldet.

Trotzdem müssen geschaffene Werte erhalten werden, auch unter Zuhilfenahme des Objektschutzes des Schwalm-Eder-Kreises. Man solle keine Videokameras zur Überwachung installieren. Das Gewerbesteueraufkommen bezeichnet er als positiv, sei auch den früheren Entscheidungen zum Logistikstandort zu verdanken. Weitere Themen sind

- minus 344 Mio € beim Kommunalen Finanzausgleich
- Kürzung von Arbeitsfördermaßnahmen im Landkreis
- Haushaltsplan und Haushaltskonsolidierungskonzept würden keinerlei Perspektiven für Homberg aufzeigen, auch weil Bund und Land die Kommunen im Stich lassen.  
Die SPD habe Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung gemacht.
- Er zählt SPD-Anträge im Jahr 2010 auf.

Insgesamt bewertet die SPD den Haushalt und das Haushaltssicherungskonzept als deutlich verbessert. Auch er dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die den Haushalt erarbeitet haben. Die SPD-Fraktion wird ihn ablehnen.

Trotz der Kommunalwahlen werde heute der Haushalt beschlossen, um die Arbeit konstruktiv fortsetzen zu können, stellt Herr Fraktionsvorsitzender Ripke fest.

Dann geht er auf den Hessentag, die Neugestaltung von Marktplatz und Kirchplatz, den Bürgertreff im Dörnbergweg, die Efwiesen und das Mühlhäuser Feld ein. Diese Dinge hätten zum hohen Schuldenstand, aber auch zur Attraktivität der Stadt beigetragen.

Beim Thema Homberg voranzubringen, habe die FDP keine Unterstützung seitens der Opposition gespürt.

Er fordert einen Einkaufsmagneten in der Innenstadt, die Sanierung von Straßen und Brücken, Dorfgemeinschaftshäusern, Bädern und die Unterstützung der Vereine.

Dabei müsse die Ausgabenseite genau betrachtet werden.

Er dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Arbeit zur Umstellung auf das neue Finanzwesen.

Weitere Themen sind die Sanierung des ehemaligen Gaswerkes, Kauf der früheren Straßenmeisterei, die Er-

wirtschaftung von Einnahmen durch den Bauhof, Beschaffungen für die Freiwilligen Feuerwehren, Hard- und Software im Rathaus, Seniorenarbeit, Kindergärten, Kirchen, Brückensanierungen, Sofortprogramm Abwasser und der Schuldenstand.

Die FDP wird dem Haushalt und dem Haushaltssicherungskonzept zustimmen.

Herr Pfalz spricht zum Thema Landes- und Bundespolitik. Dann geht er auf Gebühren und Beiträge, Schließung öffentlicher Einrichtungen, das Steueraufkommen im Jahresvergleich, Personalkosten und die Schuldenstände im Jahresvergleich ein.

Herr Bürgermeister Martin Wagner gibt die Beschlussempfehlung zu 3 b) bekannt und beantragt, für den Stadtmarketingverein insgesamt 120.000,00 € zu verplanen, 50.000,00 € sind bereits enthalten.

Diese setzen sich wie folgt zusammen:

50.000,00 € für Veranstaltungen,

55.000,00 € für Personal und jeweils 5.000,00 € für Energieeinsparungen, für Werbung und für Miete.

Dann antwortet er auf verschiedene Ausführungen seiner Vorredner, z.B. Fördermittelkürzung, Kürzung von Kommunalen Finanzausgleich und Landesfinanzausgleich, Erhöhung der Kreisumlage, Schuldsituation, seine frühere Aussage, Homberg würde 2012 einen ausgeglichenen Haushalt haben, Zusammenarbeit mit umliegenden Kommunen, Mittel aus dem Landesausgleichsstock, Bezahlung der Mitarbeiter, Objektschutz, freiwillige Leistungen laut Haushaltsplan und die Ansiedlung von Logistikbetrieben.

Dann lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den gesamten Antrag der CDU und FDP-Fraktion, der folgenden Wortlaut hat:

- **... eine Stellenbesetzungssperre mit folgenden Eckpunkten festzulegen:**  
**Freierwerdende Stellen sind ohne vorherige zustimmende Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung nicht mehr neu zu besetzen. Hiervon ausgenommen soll die Einstellung von Auszubildenden und Praktikanten, Vertretungskräften mit Zeitverträgen bis max. 12 Monate befristet und Hausverwalterinnen der Dorfgemeinschaftshäuser sein, die**

in der Zuständigkeit des Magistrats entschieden werden. Die Stadtverordnetenversammlung ist in der jeweils nächsten Sitzung darüber zu informieren.

Die Stellenbesetzungssperre gilt bis zur Beschlussfassung des Haushaltes 2012 durch die Stadtverordnetenversammlung.

- ..... zur Festlegung einer 10%igen Haushaltssperre für die in den beeinflussbaren Positionen des Haushaltes enthaltenen Mittel.
- .... die Verfügungsmittel der Ortsbeiräte von derzeit 0,51 Euro auf 1,00 Euro pro Einwohner zu erhöhen, um den Ortsbeiräten z.B. die Möglichkeit zu einer angemessenen Würdigung ehrenamtlich erbrachter Leistungen zu geben. Die daraus entstehenden Mehrkosten sind in anderen Haushaltsstellen einzusparen.
- CDU und FDP stellen den Antrag zur Eintragung eines Sperrvermerkes auf die Kosten zur Einrichtung/Möblierung des Hauses Wicke, sofern sie den Betrag von 15.000,00 € übersteigen.
- den Feuerwehren in den Ortsteilen Sondheim und Roppershain einen Zuschuss von je 1.000,00 € zum Erwerb eines Mannschaftswagens zu gewähren. Durch die den Feuerwehren neu zugeordneten Aufgaben im Rahmen der Staubbetreuung auf den Bundesautobahnen ist der Einsatz geeigneter Mannschaftswagen erforderlich.“

sowie den Antrag des Bürgermeisters für den Stadtmarketing Verein, der folgenden Wortlaut hat:

**Für den Stadtmarketingverein insgesamt 120.000,00 € zu verplanen, 50.000,00 € sind bereits enthalten.**

**Diese setzen sich wie folgt zusammen:**

**50.000,00 € für Veranstaltungen,**

**55.000,00 € für Personal und jeweils 5.000,00 € für Energieeinsparungen, für Werbung und für Miete. abstimmen.**

abstimmen:

Bei 34 anwesenden Stadtverordneten 19 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Dann lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Haushaltssatzung und das Haushaltssicherungskonzept abstimmen.

**Beschluss:**

a) Die Stadtverordnetenversammlung stimmt

**- einschließlich der eben beschlossenen Änderungen -**

folgender Haushaltssatzung für das Rechnungsjahr 2011, nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung, zu:

**Haushaltssatzung 2011**

**1. Haushaltssatzung**

Aufgrund der §§ 114a ff der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 07. März 2005 (GVBl. I S. 142) zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2010 (GVBl. I S. 119) hat die Stadtverordnetenversammlung am ..... folgende Haushaltssatzung beschlossen:

**§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 wird im Ergebnishaushalt

<u>im ordentlichen Ergebnis</u>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	<b>20.279.769,00 EUR</b>
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<b>23.472.970,00 EUR</b>
 <u>im außerordentlichen Ergebnis</u>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	<b>369.543,00 EUR</b>
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<b>0,00 EUR</b>
 mit einem Fehlbetrag von	<b>2.823.658,00 EUR</b>

Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	<b>1.712.414,00 EUR</b>
--------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------

und dem Gesamtbetrag der

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<b>655.875,00 EUR</b>
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<b>7.004.420,00 EUR</b>

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	<b>3.608.045,00 EUR</b>
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	<b>976.109,00 EUR</b>

mit einem Finanzmittelfehlbedarf des Haushaltsjahres von	<b>5.429.023,00 EUR</b>
-------------------------------------------------------------	-------------------------

festgesetzt.

## § 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf **3.608.045,00 EUR** festgesetzt.

## § 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

## § 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **8.000.000,00 EUR** festgesetzt.

## § 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr wie folgt festgesetzt:

- |                                                                    |                 |
|--------------------------------------------------------------------|-----------------|
| 1. Grundsteuer                                                     |                 |
| a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf | <b>305 v.H.</b> |
| b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf                             | <b>305 v.H.</b> |
| 2. Gewerbesteuer auf                                               | <b>350 v.H.</b> |

## § 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

**Der Magistrat**

Homberg (Efze),

\_\_\_\_\_

Ort, Datum

\_\_\_\_\_

Unterschrift

**Abstimmung:** Bei 34 anwesenden Stadtverordneten 19 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen.

**Beschluss:** b) Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem im Entwurf vorliegenden Haushaltssicherungskonzept 2011 zu.

**Abstimmung:** Bei 34 anwesenden Stadtverordneten 19 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

**Zu Punkt 4:**

**Gegenstand:** **Vorlage, Beratung und Feststellung der geprüften Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008**

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wird vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Ripke, vorgetragen.

Die Aktiva übersteige die Passiva, dies sei positiv zu werten, stellt Herr Dewald fest. Das Rechnungsprüfungsamt habe einen uneingeschränkten Prüfungsvermerk abgegeben. Er dankt allen an der Aufstellung der Eröffnungsbilanz beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

**Beschluss:** Die Stadtverordnetenversammlung stellt die vorliegende geprüfte Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2008 fest.

**Abstimmung:** Bei 34 anwesenden Stadtverordneten 33 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

**Zu Punkt 5:**

**Gegenstand:** **Einführung der gesplitteten Abwassergebühr;  
hier: Vergabe eines Auftrages für die Begleitung der  
Verwaltungsarbeiten durch ein entsprechendes  
Unternehmen**

Herr Erster Stadtrat Monstadt trägt die Empfehlung des Magistrats vor.

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wird vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Ripke, vorgetragen.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Gesamtauftrag für die Begleitung der Verwaltungsarbeiten zur Einführung der gesplitteten Abwassergebühr über 86.733,15 € an das Ing.-Büro Unger, Homberg (Efze), zu vergeben.

Zunächst wird jedoch nur der Auftragsbereich 1, Bildflug und Versiegelungskartierung, über 26.250,00 €, zuzüglich 19 % Mehrwertsteuer 4.987,50 € = 31.237,50 € freigegeben.

Gleichzeitig stellt die Stadtverordnetenversammlung, 20.000,00 €, im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2011, bereit, denn im Haushalt sind derzeit lediglich 30.000,00 € enthalten.

**Abstimmung**

Bei 34 anwesenden Stadtverordneten 33 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

**Zu Punkt 6:**

**Gegenstand:**

**Beschlussfassung über Personalangelegenheiten, gemäß Beschluss Nr. 1 a) der Stadtverordnetenversammlung vom 26. März 2010**

Herr Bürgermeister Martin Wagner trägt die Empfehlung des Magistrats vor.

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wird vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Ripke, vorgetragen.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, nachstehend genannte Arbeitsverträge mit Beschäftigten wie folgt abzuschließen:

- a) Mitarbeiter des Bauamtes  
ab 7. Mai 2011 unbefristet
- b) Betriebsleiter der Kläranlage  
ab 1. Mai 2011 unbefristet
- c) ein Mitarbeiter des Bauhofes  
vom 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2012 verlängern  
und ein Mitarbeiter des Bauhofes  
ab 1. Oktober 2011 unbefristet
- d) Mitarbeiterin der Stadtkasse  
vom 1. November 2011 bis 31. Oktober 2016

- e) Mitarbeiterin der Personalstelle  
ab 3. Dezember 2011 unbefristet; Arbeitszeit von  
27 Wochenstunden auf 39 Wochenstunden er-  
höhen
- f) ein Mitarbeiter und zwei Mitarbeiterinnen der  
Kämmerei  
ein Mitarbeiter ab 5. Mai 2011 unbefristet  
eine Mitarbeiterin ab 4. Juli 2011 unbefristet  
eine Mitarbeiterin ab 1. Januar 2012 unbefristet  
mit Beginn der Elternzeit Reduzierung der Wo-  
chenstunden auf 27 Stunden für die Betreuung  
des Kindes, befristet bis zum 31. Juli 2013
- g) eine Mitarbeiterin der Raumpflege  
vom 27. Mai 2011 bis 26. Mai 2012 verlängern
- h) einer Hausverwalterin für das Dorfgemeinschafts-  
haus Dickershausen  
baldmögliche Einstellung
- i) ein Mitarbeiter für die Kläranlage  
befristet für ein Jahr
- j) eine Mitarbeiterin für die Telefonzentrale  
Änderung zum bestehenden Arbeitsvertrag ab  
dem 1. März 2011 befristet bis zum 28. Januar  
2016 als Vollbeschäftigte
- k) Mitarbeiterin in der Kämmerei  
Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 32  
Stunden ab Beginn des Mutterschutzes der Mit-  
arbeiterin unter f, ab 13. April 2011, für die Dauer  
der Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit,  
längstens bis zum 31. Juli 2013

**Abstimmung:**

Bei 34 anwesenden Stadtverordneten 34 Ja-Stimmen.

### Zu Punkt 7:

#### Gegenstand:

**Ehemalige Alten- und Krankenpflegestation**

- a) **Anforderung des von der Firma KIKRA Schwarzenborn, für die Übernahme der Softwarelizenz, zugesagten Betrages**
- b) **Weiterverwendung der von der ehemaligen Station genutzten Fahrzeuge**

**Abgesetzt.**

### Zu Punkt 8:

#### Gegenstand:

**Beteiligung an dem hessischen Landesprogramm „Engagement-Lotsen 2011“**

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wird vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Ripke, vorgetragen.

Frau Ulrich unterstreicht die Wichtigkeit der ehrenamtlichen Arbeit und teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Beteiligung unterstütze.

#### Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, sich am Hessischen Landesprogramm Engagementlotsen 2011 zu beteiligen und einen entsprechenden Antrag zu stellen.

#### Abstimmung:

Bei 34 anwesenden Stadtverordneten 33 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

### Zu Punkt 9:

#### Gegenstand:

**Antrag der SPD-Fraktion, Versäumnisse der beauftragten Aufsichtspersonen während der Schließung der Alten- und Krankenpflegestation festzustellen, aus der Sitzung vom 7. Oktober 2010**

Herr Pfalz begründet den damaligen Antrag und erinnert an die Arbeit des Akteneinsichtsausschusses sowie die verschiedenen Abschlußberichte.

Frau Ulrich teilt mit, dass die CDU-Fraktion davon ausgehe, dass den Mitarbeiterinnen rechtzeitig Vertragsverlängerungen angeboten wurden. Dass diese die Angebote nicht annehmen würden, sei nicht voraussehbar.

Weiterhin stellt sie fest, dass Bürgermeister und Hauptamtsleiter innerhalb von 24 Stunden nach Bekanntwerden der Ablehnung den Magistrat, den Stadtverordnetenvorsteher und die Fraktionsvorsitzenden entsprechend informiert haben.

Die Pflegeverträge zwischen der Stadt und den Patienten wurden zum 30.06.2009 gekündigt. Am 01.07. wurden die Pflegeverträge mit der Firma KIKRA / Schote neu abgeschlossen. Dies bedeutet, dass die Pflege der Patienten ohne Unterbrechung erfolgen konnte.

Die Büromöbel der damaligen Station wurden anderen Abteilungen zur Verfügung gestellt bzw. defekte Teile entsorgt. Die gesamte EDV-Hardware befindet sich heute in der Obhut des städtischen Administrators. Die noch verwertbaren medizinischen Artikel wurden für humanitäre Zwecke zur Verfügung gestellt. Da es sich hierbei um Gebrauchsmaterialien handelt, werden und wurden diese nicht inventarisiert.

Die CDU-Fraktion kann insgesamt keine Unterlassungen der handelnden Personen feststellen. Der SPD-Antrag werde daher abgelehnt.

Herr Pfalz antwortet seiner Vorrednerin damit, dass er deren Behauptung als unwahr bezeichnet. Der Büroleiter habe seine Pflichten verletzt.

Dann spricht Herr Schnappauf zum Sachverhalt.

Herr Bürgermeister Martin Wagner teilt mit, dass sich die Patientenakten mit allen Unterlagen und Daten beim Patienten befinden müssen. Die Pflegedienstleitung habe damals dafür gesorgt, dass die Patienten ohne Unterbrechung weitergepflegt wurden. Der Magistrat habe bereits am 28. Mai eine Verlängerung der Arbeitsverträge angeboten. Diese Unterlagen befinden sich naturgemäß nicht in den Verwaltungs-, sondern in den Personalakten.

Büroleiter und Bürgermeister hätten am Tag nach der Mitteilung den Magistrat, abends erneut einige Magistratsmitglieder sowie den Stadtverordnetenvorsteher und die Herren Fraktionsvorsitzenden informiert. Anschließend habe man versucht, den Weiterbetrieb mit einer neuen Lösung zu gewährleisten. Dabei wurde eine Vereinslösung angedacht. Über das Wochenende habe man eine Satzung gemacht, die mit dem Vereinsregister des Amtsgerichtes abgestimmt war. Allerdings gelang es nicht, qualifiziertes Personal zum Weiterbetrieb der Station zu finden.

Abschließend beantwortet er die Fragen aus dem

Haupt- und Finanzausschuss zum Datenschutz und Software-Programm.

Herr Gerlach empfiehlt, das Kapitel zu schließen und für die Zukunft daraus zu lernen.

Herr Schnappauf spricht die Beiträge von Frau Ulrich und des Bürgermeisters an.

Abschließend spricht Herr Kroeschell zum Sachverhalt.

Dann lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den Antrag von Herrn Pfalz, der wie folgt lautet, abstimmen:

„Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass folgende Versäumnisse der beauftragten Aufsichtspersonen festzustellen sind:

1. Weder Magistrat und Stadtverordnetenversammlung wurden rechtzeitig über die entstehende Situation am 30.06.2009 informiert.
2. Die aufsichtsführenden Personen, Bürgermeister und Hauptamtsleiter, haben 25 Pflegeverträge nicht betreut und für deren Übergabe an Dritte Berechtigte Organisation Sorge getragen.
3. Das Anlagevermögen ist nicht ordnungsgemäß übernommen und verwertet worden.“

**Abstimmung:**

Bei 34 anwesenden Stadtverordneten 15 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen.

**Zu Punkt 10:**

**Gegenstand:**

**Übergabe des Archivgutes (Personenstandsregister und Sammelakten des Standesamtes) der Kreisstadt Homberg (Efze) an das Archiv der Gemeinde Knüllwald;  
hier: Abschluss einer Überlassungsvereinbarung**

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wird vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Ripke, vorgetragen.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Übergabe des Archivgutes und dem Abschluss einer Überlassungsvereinbarung mit der Gemeinde Knüllwald zu.

**Abstimmung:**

Bei 34 anwesenden Stadtverordneten 33 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

## **Zu Punkt 11:**

### **Gegenstand:**

**Aufstellung einer Änderung Nr. 133 zum Flächennutzungsplan der Kreisstadt Homberg (Efze) für den Stadtteil Wernswig zur Ausweisung von Wohnbauflächen im Bereich Hauptstraße, Steinertweg und Zum Weinstock;  
hier: Aufstellungsbeschluss**

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wird vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Ripke, und die Empfehlung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses wird vom stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, Herrn Jütte, vorgetragen.

Zur Sache sprechen Herr Schnappauf, Frau Kehl und Herr Dewald.

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst den Aufstellungsbeschluss für die Änderung Nr. 133 zum Flächennutzungsplan der Kreisstadt Homberg (Efze) für den Stadtteil Wernswig zur Ausweisung von Wohnbauflächen im Bereich Hauptstraße, Steinertweg und Zum Weinstock.

### **Abstimmung:**

Bei 34 anwesenden Stadtverordneten 33 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

## **Zu Punkt 12:**

### **Gegenstand:**

**Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 7 für den Stadtteil Wernswig zur Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes im Bereich Hauptstraße, Steinertweg und Zum Weinstock;  
hier: Aufstellungsbeschluss**

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wird vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Ripke, und die Empfehlung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses wird vom stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, Herrn Jütte, vorgetragen.

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 7 für den Stadtteil Wernswig zur Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes im Bereich Hauptstraße, Steinertweg und Zum Weinstock.

**Abstimmung:** Bei 34 anwesenden Stadtverordneten 33 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

**Zu Punkt 13:**

**Gegenstand:** **Genehmigung eines Bauvertrages gem. § 77 HGO zum Bau der Brücke und den zugehörigen Erd- und Straßenbau zur Batzenmühle im Stadtteil Wernswig**

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wird vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Ripke, vorgetragen.

**Beschluss:** Die Stadtverordnetenversammlung stimmt gemäß § 77 Abs. 2 HGO dem Abschluss eines Bauvertrages zum Bau der Brücke und den zugehörigen Erd- und Straßenbau zur Batzenmühle im Stadtteil Wernswig zu.

**Abstimmung:** Gemäß § 25 HGO war während der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt Herr Stadtverordneter Fröde im Sitzungsraum nicht anwesend.

Bei 33 anwesenden Stadtverordneten 31 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

**Zu Punkt 14:**

**Gegenstand:** **Anträge**  
**a) der SPD-Fraktion vom 20.01.2011**  
**betr. Bushaltestelle im Stadtteil Berge**  
**b) der SPD-Fraktion vom 20.01.2011**  
**betr. Verwendung von „fairer Milch“ von regionalen Milchbauern in den städtischen Kindergärten**

**a)** Herr Gerlach begründet.

Herr Pauli teilt mit, dass die CDU das Antragsziel unterstütze. Dabei erinnert er an frühere Aussagen des Straßenbulasträgers, der die Sicherungsmaßnahmen an der jetzigen Haltestelle als ausreichend ansah.

Dann lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den Antrag abstimmen, der folgenden Wortlaut hat:

“Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, auf wel-

che Weise in Berge eine sichere und ortsnahe Bushaltestelle errichtet werden kann.“

Abstimmung: Bei 34 anwesenden Stadtverordneten 34 Ja-Stimmen.

b) Herr Hartmann begründet.

Laut Herrn Kroeschell unterscheidet sich die faire Milch von anderer nur durch die Verpackung. Die CDU möchte Kinder und Eltern nicht bevormunden, was sie trinken. Sie sollen frei entscheiden können.

Für die CDU-Fraktion stellt er folgenden Änderungsantrag:

“Der Magistrat wird gebeten, zu empfehlen, dass in den städtischen Kindergärten auch Faire Milch, Bio Milch und ähnliche von regionalen Milchbauern zur Verwendung kommt. Die Kindergärten sollen dies in eigener Verantwortung umsetzen.“

Herr Hartmann bedauert die Ausführungen Herrn Kroeschells. Diese entsprechen teilweise nicht den Tatsachen. Frau Ulrich unterstreicht erneut, dass man niemand bevormunden will.

Dann lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Abstimmung: Bei 34 anwesenden Stadtverordneten 19 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen.

### **Zu Punkt 15:**

#### **Gegenstand:**

#### **Sachstandsbericht über noch nicht abgearbeitete Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung**

Der Sachstandsbericht wird dem Protokoll beigefügt.

## Zu Punkt 16:

### Gegenstand:

### **Informationen**

Herr Bürgermeister Martin Wagner gibt bekannt, dass der Magistrat in seiner Sitzung am 13. Januar 2011 die Aufnahme eines Kommunaldarlehens bei der Hessischen Landesbank zu folgenden Konditionen beschlossen hat:

Summe:	1.018.307,00 €
Auszahlung:	100 %
Tilgung:	1 % p.a. zzgl. ersparter Zinsen
Zins- und Tilgungsleistung:	vierteljährlich nachträglich
Zinssatz:	variabel nach 3 Monats-EURIBOR 1,51 %.

Da es sich um die letzte Sitzung in der Legislatur-Periode handelt, will er einige abschließende Worte sagen. Er geht dabei auf Hessentag, Stadtmarketingverein und die Diskussion um das Klima im Parlament ein. Den ausscheidenden Stadtverordneten Günter Siemon, Dr. Dirk Kusan und Siegfried Richter dankt er für ihre Arbeit, dafür findet er persönliche Worte. Allen Damen und Herren Stadtverordneten dankt er ebenfalls ausdrücklich für ihre Tätigkeit.

## Zu Punkt 17:

### Gegenstand:

**Beantwortung der Frage des Bürgermeisters an die Stadtverordnetenversammlung, aus der Sitzung vom 18. November 2010, zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vom 1. November 2010, zum Thema Vergabe von Bauaufträgen mit einem Volumen über 10.000,00 €**

entfällt.

**Zu Punkt 18:**

**Gegenstand:**

**Anfragen**

**a) Antrag auf Herstellung der Nichtöffentlichkeit**

**b) der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion vom  
3. November 2010  
betr. notariell beurkundete Verträge der Kreisstadt  
Homberg (Efze)**

**c) der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom  
1. Dezember 2010  
betr. Vergabe von Bauaufträgen mit einem  
Volumen über 10.000,00 € modifiziert seit dem  
1. Januar 2010**

a) Zurückgezogen.

b) Der Bürgermeister verliert die Beantwortung der Anfrage; die Beantwortung ist dem Protokoll ebenfalls beigefügt.

Herr Pfalz gibt eine persönliche Erklärung zum Sachverhalt ab.

Herr Bürgermeister Martin Wagner bittet Herrn Pfalz, ihm seine Erklärung schriftlich zur Verfügung zu stellen.

c) Nach Rücksprache mit der Kommunalaufsicht weist er darauf hin, dass das Parlament der Verschwiegenheitspflicht unterliegt. Die vorbereitete Aufstellung über die Vergabe von Bauaufträgen wird **den Herren Fraktionsvorsitzenden** mit dem Protokoll versandt.

**Zu Punkt 19:**

**Gegenstand:**

**Anregungen**

Herr Höse empfiehlt, künftig eine Stadtverordnetensitzung mehr durchzuführen, damit die einzelnen nicht so lang ausfallen.

Frau Kehl regt an, zukünftig vorher zu überlegen, bevor der eine oder andere Antrag an den Stadtverordnetenvorsteher gestellt wird.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher um 22:52 Uhr die Sitzung.

G e s c h l o s s e n :

Bottenhorn, Protokollführer

Pfeiffer, Stadtverordnetenvorsteher

Dem Protokoll wird eine Aufzeichnung über die Diskussionszeiten in der Stadtverordnetenversammlung beigelegt.